



Taxi- und Mietwagenverband Deutschland

PRESSEERKLÄRUNG

TMV-Präsident Thomas Kroker:

„Der Iran-Konflikt darf nicht als Vorwand für explodierende Dieselpreise in Deutschland dienen“.

Die seit Ende Februar eskalierende militärische Auseinandersetzung im Nahen Osten hat die internationalen Energiemärkte in Unruhe versetzt. Auch in Deutschland sind die Dieselpreise infolge des Iran-Konflikts massiv gestiegen. Doch ein Vergleich mit dem europäischen Ausland zeigt: **Die Preisreaktion in Deutschland ist in keiner Weise verhältnismäßig.**

Seit Beginn der Eskalation ist der Dieselpreis in Deutschland binnen weniger Tage um **bis zu 30 Cent pro Liter** gestiegen – ein Plus von rund **15 Prozent**. Im europäischen Durchschnitt lag der Anstieg im selben Zeitraum hingegen lediglich bei **fünf bis acht Cent**, also bei etwa **drei bis fünf Prozent**.

„Der Konflikt im Nahen Osten erklärt steigende Rohölpreise – er erklärt aber nicht, warum Diesel in Deutschland drei- bis viermal stärker verteuert wird als im übrigen Europa“, erklärt **Thomas Kroker, Präsident des Verbands**.

Besonders betroffen sind Unternehmen der Personenbeförderung. Taxi-, Mietwagen- und Busbetriebe sind auf Diesel angewiesen und können weder kurzfristig auf alternative Antriebe umsteigen noch die drastischen Kostensteigerungen vollständig an ihre Fahrgäste weitergeben.

„Was wir derzeit erleben, ist kein normaler Marktmechanismus, sondern eine Kombination aus geopolitischer Krise, fehlender politischer Dämpfung und zusätzlichen nationalen Belastungen“, so Kroker weiter.

Ein wesentlicher Faktor ist der hohe staatliche Anteil am Dieselpreis. Energiesteuer, CO₂-Preis und Mehrwertsteuer wirken in Deutschland als **Krisenbeschleuniger**, während andere EU-Staaten gezielt entlasten oder Preissteigerungen abfedern.

Der Verband fordert daher:

1. **Eine sofortige Überprüfung der Dieselpreisentwicklung durch das Bundeskartellamt.**
2. **Die zeitweise Aussetzung der CO₂-Abgabe auf Diesel für die gewerbliche Personenbeförderung.**
3. **Eine politische Krisenreaktion nach europäischem Vorbild, um Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen zu verhindern.**

„Mobilität ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge“, betont Kroker. „Wenn Politik in geopolitischen Krisen nicht handelt, gefährdet sie nicht nur Unternehmen, sondern auch die Versorgung der Bevölkerung – insbesondere im ländlichen Raum.“

Der Verband erwartet von der Bundesregierung kurzfristige Maßnahmen, um die Dieselpreise zu stabilisieren und die systemrelevante Personenbeförderung vor weiteren Schäden zu schützen.